



SoVD legt Stellungnahme vor

## Regierungsdialog Rente

Anfang September hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den „Regierungsdialog Rente“ begonnen (siehe SoVD-Zeitung 10/2011, Seite 1). In einer Stellungnahme hat nun der SoVD seine diesbezüglichen Vorschläge präsentiert.

Schon heute laufen viele Rentnerinnen und Rentner aufgrund massiver Kaufkraftverluste Gefahr, in Altersarmut hineinzuwachsen. Ein besonderes Armutsrisiko trifft Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner, die in der Regel auch Abschlüsse hinnehmen müssen. Der Verband begrüßt daher, dass die Bundesregierung mit dem Regierungsdialog Rente in einen offenen Diskussionsprozess einsteigen möchte. Bei dem Ziel der Vermeidung von Altersarmut sind Modelle, die auf eine Abkehr vom gegenwärtigen Alterssicherungssystem hinauslaufen nach Auffassung des SoVD jedoch abzulehnen.

Lösungsansätze sieht der Verband bei der lohn- und beitragsorientierten Rente sowie bei der armutsvermeidenden sozialen Grundversicherung. Für eine wirksame Vermeidung von Altersarmut sind Leistungsverbesserungen unumgänglich, die in der gesetzlichen Rentenversicherung zu Mehraufwendungen führen. Dagegen bewirken einzelne Maßnahmen, die der SoVD in der Stellungnahme fordert, wiederum erhebliche Mehreinnahmen. Das gilt zum Beispiel für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Einbeziehung Selbstständiger ohne Alterssicherung in den Schutzbereich der gesetzlichen Rentenversicherung. Das Papier regt ebenfalls an, Spielräume für Beitragssatzsenkungen zu nutzen, um dadurch Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung zu finanzieren.



Die umfangreiche Stellungnahme des SoVD finden Sie unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de). Klicken dort unter „Sozialpolitik“ auf den Bereich „Rente“.

### Anhörung im Deutschen Bundestag

## Kritik an Aktionsplan

An einer Anhörung des Deutschen Bundestages zum Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung nahm auch der SoVD teil. Unter dem Titel „Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft“ soll der Aktionsplan der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dienen. Der SoVD hatte die Maßnahmen jedoch bereits im Vorfeld als „enttäuschend mutlos“ kritisiert.

Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung listet über 200 Einzelmaßnahmen auf, mit denen die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland vorangebracht werden soll. Allerdings handelt es sich dabei vielfach um bereits laufende Projekte, von denen einige, wie z. B. das Familienpflegezeitgesetz, kaum behindertenspezifische Bezüge haben. In der Anhörung kritisierte der SoVD denn auch, dass dem Aktionsplan klare, überprüfbare Ziele fehlen. Darüber hinaus blieben gesetzlich dringend notwendige Änderungen ausgespart. Während bestehende Defizite des geltenden Rechts zwar angesprochen werden, wird dennoch nicht für Abhilfe gesorgt. Insgesamt lässt der Aktionsplan nach Einschätzung des SoVD leider ein klares Aufbruchsignal vermissen.

Unzureichend war zudem leider auch die Einbeziehung der behinderten Menschen und ihrer Verbände in den gesamten Erarbeitungsprozess. Zwar gab es zahlreiche Anhörungen zu dem Thema, aber auf Augenhöhe einbezogen waren die Verbände dabei nicht. Auch zu der Anhörung im Deutschen Bundestag musste sich der SoVD seinen Zugang erst erstreiten – gemeinsam mit anderen im Deutschen Behindertenrat mitwirkenden Verbänden.

## SoVD im Gespräch

Mit Sachverstand und Nachdruck bringt der Sozialverband Deutschland (SoVD) sich in die politische Diskussion ein – und sorgt somit auf übergeordneter Ebene dafür, dass die Stimmen sozial Benachteiligter gehört und berücksichtigt werden. Das gilt besonders für die Interessen der Rentner, der gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 Berichte über die politische Arbeit in relevanten Gremien, über Gespräche mit Vertretern anderer Verbände, Institutionen und Interessensvertretungen.



Foto: Herbert Schlemmer

Am 11. Oktober kamen die Vorsitzenden der Sozialpolitischen Ausschüsse der Landesverbände bzw. die sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD zusammen. Zu dem Gespräch eingeladen hatte der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses auf Bundesebene, Klaus Michaelis (4. v. li.).

### Letzte Gespräche vor der Bundesverbandstagung

## Sozialpolitik im Mittelpunkt

Im Oktober stand die Sozialpolitik mehrfach im Mittelpunkt: In Berlin tagte der sozialpolitische Ausschuss (SPA) des Bundesvorstandes letztmalig vor der Bundesverbandstagung des SoVD. Bereits zuvor waren Vertreter aus den Landesverbänden zu Gesprächen zusammengekommen.

Den Anfang machten die Vorsitzenden der Sozialpolitischen Ausschüsse auf Landesebene bzw. die jeweiligen sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher. Ihre Sitzung diente schwerpunktmäßig der gegenseitigen Information über die Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene. Auf dem Programm standen dabei unter anderem die Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung, eine Broschüre des SoVD zum Krankenkassenwechsel (siehe Seite 8) oder auch ein Bericht aus Niedersachsen über die Pflegestützpunkte im SoVD.

Mit nicht weniger bedeutsamen Themen beschäftigten sich auch die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundesvorstandes auf ihrer

zweitägigen Sitzung in Berlin. Neben Berichten aus den verschiedenen Arbeitskreisen sowie aus dem Ausschuss für Frauenpolitik lag ein Schwerpunkt der Zusammenkunft auf dem Thema Pflege. Die diesbezüglichen Forderungen des Verbandes sind auch Gegenstand eines neuen Plakats, das wir Ihnen auf Seite 9 in dieser Ausgabe vorstellen.



Foto: Herbert Schlemmer

Zu seiner letzten regulären Sitzung vor der Bundesverbandstagung kamen die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) auf Bundesebene am 13. und 14. Oktober zusammen. Entsprechend umfangreich waren die Themen, die sich von der Frauen-, Arbeitsmarkt- und Pflegepolitik bis zur inklusiven Bildung erstreckten.